

Kommunale Dialoge in Krisenzeiten

Cathleen Bochmann

Aus: Erich Marks, Claudia Heinzelmänn, Gina Rosa Wollinger (Hrsg.):

Krisen & Prävention

Ausgewählte Beiträge des 28. Deutschen Präventionstages

Forum Verlag Godesberg GmbH 2024

978.3.96410.049.8 (Printausgabe)

978.3.96410.050.4 (eBook)

Cathleen Bochmann

Kommunale Dialoge in Krisenzeiten

Eine Gesellschaft wird von vielen Faktoren zusammengehalten: eine gemeinsame Geschichte, Kultur oder Religion, Teilhabe am kollektiven Wohlstand, eine gemeinsame Sprache und natürlich eine politische Ordnung. Eine politische Ordnung, die sich auf geteilte Werte und Spielregeln stützt. Nun erleben wir in den letzten Jahrzehnten rasche technische Innovationen, zunehmende Globalisierung, wirtschaftlicher Druck und Migrationsbewegungen. Dies alles sind Faktoren, die auf eine ständige Veränderung und als Nebenprodukt auch auf eine gewisse Fragmentierung der Gesellschaft hinwirken. Um unsere Gesellschaften zusammenzuhalten, müssen wir also herausfinden, was uns eint und was uns trennt – und wie wir mit diesen Fliehkräften umgehen können, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

In Deutschland wurde die Dringlichkeit der Frage, sich mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt zu beschäftigen spätestens ab 2015 deutlich, als im Zuge der europäischen Flüchtlingskrise, etwa eine Million Menschen neu in unserem Land ankamen. Während sich ein Teil der Gesellschaft in bewundernswerter Weise der Herausforderung stellte, die Menschen aufzunehmen, Freundschaften und Beziehungen aufzubauen und ihnen hier Lebenschancen zu geben, kam es in anderen Teilen der Gesellschaft rasch zu lautstarken Protesten gegen den Zustrom von Asylsuchenden. In Dresden wurde Pegida zum Sprachrohr der wütenden Bürgerbewegung (siehe Patzelt / Klose 2016). Daraus erwuchs rasch eine politische Partei, die AfD, welche mühelos Sitze in Landesparlamenten, Bundestag und Europäischem Parlament errang und bei den kommenden Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen 2024 sicher beachtliche Erfolge erzielen wird.

2020 fegte dann eine Pandemie über die Welt, welche weitere Risse quer durch die Gesellschaft, durch Arbeitskollegien und bis in die Familien brachte – mit den Schlagworten von Team Vorsicht vs. Team Freiheit umrissen, auf der Straße sichtbar mit Impfbussen und Impfzentren vs.

Spaziergänger und Querdenker-Demonstrationen, die teilweise bis heute noch regelmäßig unterwegs sind (siehe Fröhlich / Ranft / Vollmann 2023). Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt nach der Corona-Pandemie sagten letzten Sommer 28 Prozent der Bevölkerung aus, man könne sich auf niemanden mehr verlassen (siehe Unzicker 2022).

Und als Corona nun gerade überwunden war, kam der Ukraine-Krieg, die Diskussion der Frage des Verhältnisses zu Russland und zu militärischer Unterstützung sowie in den letzten Monaten wieder deutlich ansteigende Zahlen von Geflüchteten.

Es gibt also spürbare Spannungen und Spaltungen in unserer Gesellschaft. Und mittendrin sind die Kommunen. Bürgermeister:innen, Stadträt:innen und Kommunalverwaltungen sind diejenigen, die sich um Asylunterkünfte und Arbeitsmarktintegration, Durchsetzung von Allgemeinverfügungen und beispielsweise in Sachsen sich zuletzt um die Verteilung von Jodtabletten für den nuklearen Ernstfall kümmern dürfen. Jene kommunalen Verantwortungstragenden sind es auch, die ihren Nachbar:innen vor dem Rathaus oder auf dem Marktplatz direkt begegnen, wenn sie dort gegen die Ankunft eines Busses mit Geflüchteten an Bord protestieren oder „gegen die da oben“ spazieren gehen. Und sie sind diejenigen, die mit unzähligen Drohungen und Wut umgehen, die hasserfüllte Graffiti an Wänden und Bushaltestellen entfernen oder die zusammen mit der örtlichen Polizei das Demonstrationsgeschehen einhegen müssen.

Wir sind also in einer Krise. Aber was definiert eine Krise? Meinungsverschiedenheiten und divergierende politische Werte sind in einer Demokratie schließlich normal. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen und wissenschaftliche Beobachter:innen sind jedoch der Meinung, dass sich unser politisches System seit mehreren Jahren im Krisenmodus befindet (siehe More in Common 2022a / 2022b); so wie zahllose andere Länder, in denen der gesellschaftliche Zusammenhalt erodiert oder brüchig ist. Es gilt präziser herauszufinden, wo die Krise liegt.

Demokratie wird durch Pluralismus definiert. Pluralismus gedeiht durch Konflikte. Menschen neigen von Natur aus dazu, für ihre Meinungen, Interessen und Leidenschaften zu kämpfen. Wir müssen im politischen System und der Gesellschaft ständig herausfinden, wer was, wann und wie kriegen soll. Diese Tatsache ist der Grund, warum Menschen überhaupt

größere politische Strukturen entwickelt haben. Eine politische Ordnung ist dazu da, den Kampf der verschiedenen Interessen zu kanalisieren. Entstehende Konflikte sind eine Gelegenheit zum politischen Lernen, insbesondere dann, wenn neue gesellschaftliche Herausforderungen aufkommen. Statt großer Ideale gesellschaftlicher Harmonie wird in Demokratien eine geübte Toleranz gegenüber Vielfalt im Konflikt gefördert. Hier beginnt aber auch die Krise. Krisen entstehen aus verschärften und fortgesetzten Konflikten, bei denen es keine solche Toleranz mehr gibt - Konflikte, bei denen sich die üblichen politischen Problemlösungsverfahren als unzureichend erweisen, um die Probleme zu bewältigen. Ohne Intervention und Lernen der Beteiligten und des Systems sind solche krisenhaften Konflikte potenziell existenzbedrohend für die Demokratie. Denn sie erodieren mit der Zeit den normativen Konsens in der Gesellschaft, sie erodieren unsere politische Kultur und entziehen der politischen Ordnung letztlich die Legitimation. In den letzten Jahren waren die lokalen Behörden in vielen Kommunen mit der Lösung der Krise hoffnungslos überfordert. Dennoch mussten sie sie irgendwie lösen.

Und an dieser Stelle kamen nun verschiedene öffentliche und zivilgesellschaftliche Akteure ins Spiel. Einer davon ist zum Beispiel die Aktion Zivilcourage mit ihrem Kompetenzzentrum Krisen-Dialog-Zukunft und der Prozessbegleitung von Kommunen, welche 2015 begann. Wie die Feuerwehrleute kamen die Moderator:innen des Vereins in die Gemeinden und löschten die überall lodernden gesellschaftlichen Brände. Und wie haben sie das gemacht? Durch Dialog! Dialog ist der zentrale Mechanismus, durch den konkurrierende gesellschaftliche Gruppen auf friedliche Weise miteinander in Kontakt treten können. Der Begriff Dialog soll im weitesten Sinne für jede zweiseitige Form der Kommunikation, sei es von Angesicht zu Angesicht, in großen Gruppen, virtuell oder im wirklichen Leben verwendet werden. Es gibt wirklich keine Alternative zum Dialog.

Konkret braucht es Dialogformen, die es auch bei scharfen, krisenhaften Konflikten ermöglichen, nicht weiter in Polarisierung, Radikalisierung und Feindschaft verfallen. Stattdessen müssen die Konflikte in allgemein akzeptierte Entscheidungen auf lokaler Ebene und darüber hinaus überführt werden. Wir müssen auch dafür sorgen, dass nicht nur die Ergebnisse, sondern auch der Prozess des miteinander Redens selbst auf die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts hinwirken.

Unsere Gesellschaft hat also eine schwierige Aufgabe vor sich und es gilt einen schmalen Grat beschreiten. Einerseits müssen wir demokratische und freiheitliche Werte, wie die Menschenwürde und das Recht auf Asyl verteidigen und sicherstellen, dass Dialogangebote keine Fremdenfeindlichkeit und Hass schüren. Andererseits ist es wichtig, die wütenden Bürger:innen ernst zu nehmen und sie nicht abzuwerten.

Der Eine oder die Andere fragt sich jetzt vielleicht – soll ich wirklich mit diesem Wutbürgermilieu in den Dialog gehen? Es gibt zwei Gründe, die aufgebrachten Bürgerschaft nicht einfach abzutun. Das Erste ist ein normatives Argument: Solange es sich nicht um Extremist:innen handelt, die außerhalb der Grenzen der politischen Ordnung agieren, verdienen sie es, dass ihre Stimmen gehört werden. Dies nicht zu tun, wäre einfach undemokratisch. Das Zweite ist ein funktionales Argument: Soziale und politische Ausgrenzung und Marginalisierung scheinen empirisch gesehen bei extremistischen Gruppen in gewisser Weise zu funktionieren. Aber im Fall von Populist:innen oder desillusionierter, wütender Bürger:innen, nährt die Ausgrenzung lediglich deren Wut und stärkt die Bewegung sogar. Das erscheint vielleicht etwas fatalistisch, aber man kann diese 25, 30, 40 Prozent der Bevölkerung nicht ignorieren.

Was müssen wir also beachten, wenn wir versuchen, unsere polarisierten Gesellschaften durch Dialog zu reparieren? Zunächst einmal sind nicht alle Formen des Dialogs in Krisen hilfreich. Etwa 50 verschiedene Dialogformate können eingesetzt werden, um Bürger:innen und politische Entscheidungsträger zusammenzubringen. Jedes Format schafft spezifische Formen der Interaktion zwischen Menschen. Für jedes Modell gibt es eine Reihe von Regeln für den gewünschten Ablauf, Verhaltenserwartungen an die Teilnehmenden und – falls vorhanden – an die Moderator:innen sowie erreichbare Ziele. Einige Dialogformate zielen darauf ab, Lösungen für praktische Probleme zu finden, andere regen eine intellektuelle Debatte an, wieder andere konzentrieren sich auf den Aufbau von Empathie durch Perspektivwechsel. Jedes Dialogformat bietet einen Rahmen für das, was geschieht, was geschehen darf und was nicht.

Das Forschungsinteresse besteht also darin, herauszufinden, wie eine bestimmte Version des Dialogs in einem bestimmten Kontext funktioniert. Auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen des Kompetenzzentrums Krisen-Dialog-Zukunft in der Arbeit in den Kommunen ist es äußerst nützlich, eine Typologie von Dialogformaten zu erstellen, die darauf basiert,

an welcher Stelle in einem Konflikt sie ihr spezifisches Potenzial am besten nutzen können (siehe Hetze 2020, Glasl 1980). Diese Typologie stützt sich auf 4 Phasen.

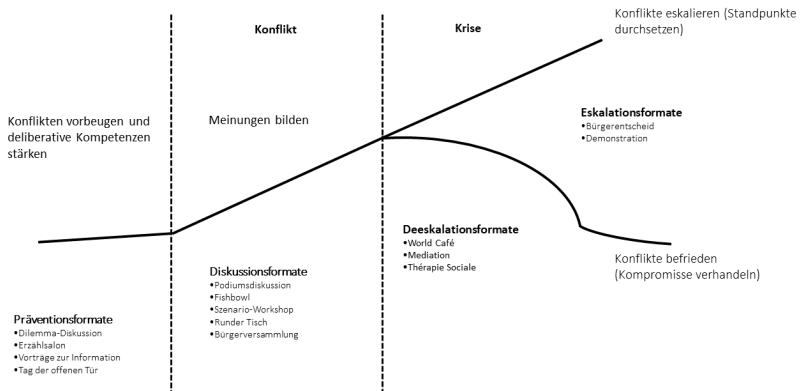


Abb. 1 Willi Hetze, *Krisen-Dialog-Zukunft*

Bevor es zu einem Konflikt kommt, kann eine kritische Entwicklung abgewendet oder abgemildert werden. Dafür braucht es präventive Dialogformate wie Dilemma- Diskussionen, bei denen die Teilnehmenden mit einer moralisch zweideutigen Situation konfrontiert werden und über Handlungsoptionen diskutieren und abstimmen. Ein weiteres Beispiel sind Erzählalons, in denen Menschen aus ihrem Leben berichten, während die Gäste nur zuhören. Planspiele fallen in diese Kategorie, aber auch Tage der offenen Tür, zum Beispiel in einem Unterbringungszentrum für Asylbewerber:innen.

Gemeinsam ist diesen Dialogmodellen, dass es weniger auf das jeweilige Thema ankommt als auf die Wirkung, die sie auf die Einzelnen haben sollen. Diese präventiven Formate erhöhen die Chancen, dass Menschen in einer gesellschaftlichen Krise mit abweichenden Standpunkten und kontroversen Diskussionen umgehen können. Sie lehren, Ambiguität und Heterogenität zu tolerieren. Je mehr sich die Menschen an kontroverse Dialoge und Regeln der Veranstaltungen gewöhnt haben, desto leichter fällt es ihnen später, eine gewisse Sachlichkeit herzustellen (siehe Johnson et al. 2019: 2184).

Sobald ein Konflikt zunimmt, in der zweiten Phase, steigt der Problemdruck und Menschen haben vermehrt das Bedürfnis, sich zu artikulieren. Es braucht also Diskussionsformate. Die Menschen fordern die Anerkennung des Problems und eine politische Reaktion darauf. Daher muss das Problem in einer Demokratie in den öffentlichen Raum überführt und bearbeitet werden. Ein Dialogformat hat in dieser Phase die Aufgabe, Informationen zu verbreiten, verschiedene Interessen zu artikulieren, Disparitäten zu bearbeiten und die politische Willensbildung zu ermöglichen. Diese Funktion der Informationsvermittlung muss als ein zweiseitiger Prozess gedacht werden. Nicht nur von den Gemeinden zu den Bürger:innen, in Form von Erläuterungen der Politik und politischer Führung, sondern auch von den Bürger:innen zu den lokalen Verantwortungstragenden. Das Publikum eines solchen Dialogs ist eine Ressource für zusätzliches Wissen, welche Kommunen nutzen können und sollten. Passende Dialogmodelle für diese Phase sind Diskussionsformate, z. B. Fishbowl-Diskussionen, bei denen die Teilnehmenden selbstständig in eine Diskussion eintreten und sie wieder verlassen können, und die klassische Podiumsdiskussion.

Einige Konflikte erreichen jedoch den Punkt, an dem die Parteien zu der Überzeugung gelangen, dass weitere Diskussionen sinnlos sind. Die streitenden Parteien sehen wenig bis keine Gemeinsamkeiten und es ergibt sich eine starke Polarisierung. „Taten statt Worte“ werden zur neuen Marschrouten (siehe Glasl 1980). Dies ist auch der Punkt, an dem der normale Konflikt endet und eine Krise beginnt. Es gibt zwei mögliche Strategien: Eskalation und Deeskalation.

Eskalation kann eine unerwünschte Folge gescheiterter kommunikativer Bemühungen sein, z.B. weil von Politiker:innen ungeeignete Dialogformate gewählt wurden und natürlich kann jedes Dialogformat von den Gästen eskaliert werden, wenn sie dazu entschlossen sind (siehe Bochmann 2022).

Einige Dialogformen sind jedoch speziell auf die Eskalation zugeschnitten. Erstens gibt es solche, die der Stärkung des Gruppenzusammenhalts, der Koalitionsbildung und der Abschottung der eigenen Community dienen. Mehr Einigkeit innerhalb der Gruppe ermöglicht eine klarere Abgrenzung von der gegnerischen Gruppe und eine effektivere Nutzung von Machtressourcen. Geschlossene Social-Media-Blasen bzw. Echokammern dienen diesem Zweck ebenso wie alle Formen von Treffen, Konferenzen, Clubs oder Zusammenkünften, die hohe Hürden für die Teilnahme

aufstellen und die die Gäste vorselektieren. Wenn Sie nur ausgewählten Personen die Teilnahme gestatten, bieten Sie ihnen einen sicheren Raum und erlauben ihnen gleichzeitig, ihre vorgefassten Meinungen zu festigen. Je weniger kognitive Dissonanz sie auslösen, desto lebhafter und gleichzeitig einseitiger wird die Debatte. Während also in den vorherigen Phasen das Ziel darin bestand, den Dialog öffentlich zu machen, besteht das Ziel in dieser späteren Phase darin, ihn wieder privat oder halbprivat zu gestalten und sich einzuigeln.

Die zweite Art von Eskalationsformaten funktioniert parallel zu diesen. Diese Formate können gezielt eingesetzt werden, um mehr Aufmerksamkeit für politische Forderungen zu schaffen und Widerstände zu überwinden, ohne Kompromisse eingehen zu müssen. Das Ziel ist ein Win-Lose-Szenario. Dieser Erfolg wird jedoch oft mit einem Verlust an sozialem Zusammenhalt erkaufte. Öffentliche Demonstrationen und große Aufmärsche fallen in diese Kategorie. Eine andere Möglichkeit ist das Sammeln von Unterschriften, insbesondere wenn das Ziel eine Volksabstimmung ist, die zwar einen formalen Endpunkt des Konflikts darstellt, aber auch die Polarisierung weiter verstärkt. Das liegt daran, dass jedes Referendum ein komplexes Thema auf eine Ja/Nein-Frage herunterbricht. Außerdem müssen so viele Menschen wie möglich mobilisiert werden, sich für eine der beiden Seiten zu entscheiden. Eine solche formale Entscheidung mag das Ende einer Debatte sein, aber was bei solchen Eskalationsformaten in der Regel fehlt, ist die Integration und Fürsorge für die Verliererseite des Konflikts.

Deeskalationsformate sind hingegen diejenigen, die darauf hinarbeiten, Gemeinsamkeiten wiederherzustellen und die Polarisierung abzubauen. In diesen Dialogen werden emotionale Verletzungen geheilt, Wertschätzung und Vertrauen neu aufgebaut (siehe Mair et. al. 2019: 53-60 / Schumacher 2020). Letztlich geht es darum, die Konfliktparteien wieder zu Kompromissen zu befähigen. Dies trägt dazu bei, die Entscheidungsfähigkeit im politischen System wiederherzustellen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Diese Dialogformate haben alle eines gemeinsam: Sie bieten Wege für das Bedürfnis, sich zu artikulieren. Sie bauen Distanz ab, im wahrsten Sinne des Wortes. Es scheint eigentlich ganz einfach: dem Gegenüber in die Augen schauen, zuhören, bevor man spricht, über Emotionen und Motivationen sowie über das Thema sprechen. World Café-Dialoge sind in dieser Hinsicht recht erfolgreich. Sie bieten eine entspannte Atmosphäre,

kostenlose Getränke und Speisen, man schreibt auf einer Papiertischdecke und hat kleine Gruppen, die von den Gastgeber:innen durch Fragen auf Karteikarten gelenkt werden können. Ein weiteres Beispiel ist die *Thérapie Sociale*. Dieses Format hilft den Menschen, sich direkt mit dem Hass und der Gewalt auseinanderzusetzen, die sie trennen und daran hindern, zusammenzuarbeiten. Die Methode des *Appreciative Inquiry Summit* versucht, die defizitorientierte, rückwärtsgewandte und vorwurfsvolle Kommunikation zu überwinden, indem sie die positiven Geschichten der Menschen und darin enthaltene Lösungen aufdeckt und stärkt. Alles in allem ist es jedoch viel einfacher, einen Konflikt in seinen frühen Stadien zu transformieren, als eine Krise später zu deeskalieren.

Die Verwendung einer solchen Typologie, die Bürgerdialoge im Kontext eines krisenhaften Konflikts betrachtet, gibt auch Aufschluss darüber, warum traditionelle Methoden der Bürgerbeteiligung in Situationen wütender Bürgerproteste so oft scheitern. Bis vor kurzem wurden die meisten Formate im Rahmen von Infrastrukturprojekten entwickelt. Sie wollten einen neuen Tunnel bauen, also gründeten Sie eine Arbeitsgruppe und ließen Bürgerinnen und Bürger daran teilnehmen und sich mit der Verwaltung beraten. Das mag kontrovers gewesen sein, aber letztlich ging es in der Debatte um die Politikinhalt und nicht um die Gesellschaft und ihren Zusammenhalt als Ganzes.

Die Krisendebatten der letzten acht Jahre haben deutlich gezeigt, dass rein themenbezogene Dialogformate in emotional aufwühlenden und komplexen Krisen nicht funktionieren. Das liegt daran, dass sie ein unerreichbar hohes Maß an Faktenkenntnis, Objektivität und Neutralität voraussetzen. Je mehr die Stadtgesellschaft das Gefühl hatte, dass ihre von Emotionen getriebenen Forderungen durch die angebotenen Dialogformen nicht erfüllt wurden, desto feindseliger wurden die verärgerten Bürger:innen. Der oft geäußerte Appell „Zurück zur Sachlichkeit“ verhallt. Wie können wir als Gesellschaft also mit solchen Konflikten konstruktiv umgehen? Welche Leitlinien sollten wir den Kommunen an die Hand geben, wie sie Dialogformate nutzen können, um die Bürger:innen einzubinden?

Zuallererst müssen sie die Fähigkeit entwickeln, die Umstände gesellschaftlicher Konflikte so zu analysieren, dass nicht nur die auf der Sachebene zu lösenden Probleme, sondern auch die Ebenen der Emotionen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts berücksichtigt werden.

Verwaltungsangestellte sind oft sehr nüchtern und sachlich, wenn sie sich mit politischen Konflikten befassen. Wir müssen sie darin schulen, die emotionalen Kräfte der Bürger:innen besser zu verstehen und adäquat auf sie zu reagieren. Wir müssen auch das Wissen im politischen System darüber verbessern, wie Kommunikation effektiv organisiert werden kann, welche große Vielfalt an Formaten es tatsächlich gibt und wie jedes von ihnen funktioniert. Umfragen unter Kommunen zur Nutzung von Bürgerdialogen haben festgestellt, dass fast alle zunächst auf Podiumsdiskussionen mit einer kurzen Frage- und Antwortrunde zurückgreifen, um die Bürgerschaft einzubeziehen (siehe Bochmann / Gäbel 2020). Dieser Ansatz „ein Dialogformat für alle Lebenslagen“ verschlimmert die Situation in einem schweren Konflikt. Daher bildet das Kompetenzzentrum Krisen-Dialog-Zukunft seit fünf Jahren Mitarbeitende staatlicher Stellen in der Moderation von Krisendialogen weiter. Immer mehr Städte nutzen auch das Wissen lokaler Konflikt- oder Partizipationsberater:innen, suchen sich Prozessbegleitung und schaffen sogar neue Stellen innerhalb der Kommunalverwaltung für Personen, deren Aufgabe es ist, aktiv auf eine Kultur der ständigen Kommunikation und Beteiligung hinzuwirken.

Alles in allem retten diese Maßnahmen den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht im Alleingang. Dennoch spielen sie eine wichtige Rolle. Der Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde sagte einmal: „Der freiheitlich-säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er um der Freiheit willen, eingegangen ist“ (Böckenförde 1976, S. 60).

An diesem Wagnis sind wir alle beteiligt. Wir alle müssen einen Beitrag zur Integration der Gesellschaft leisten. Wir alle müssen aktiv daran arbeiten, die Voraussetzungen für die Demokratie zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es keine Alternative zum Dialog.

Cathleen Bochmann leitet das Projekt „Zivilgesellschaft stärken und schützen“, ein Angebot im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“.

Literatur

- Bochmann, C. (2022). Bürgerdialoge in Zeiten der Krise. Ethnomethodologische Fallstudien aus Sachsen. Springer: Berlin.
- Bochmann, C. / Gäbel, D. (2020). Bedarfe an neuen Beteiligungsformaten aus Sicht kommunaler Verantwortlicher in Sachsen, in: Bochmann, C. & Döring, H. Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Springer: Berlin, S. 267-304.
- Böckenförde, E.-W. (1976). Staat, Gesellschaft, Freiheit: Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Fröhlich, P. / Ranft, F. / Vollmann, E. (2023). Mir reicht's Bürger. Analyse der Montagsdemonstrationen in Gera und Chemnitz im Winter 22/23. DPZ Berlin: Berlin.
- Glas, F. (1980). Konfliktmanagement. Diagnose und Behandlung von Konflikten in Organisationen. Bern: Haupt.
- Johnson, G. F., Morrel M. E., Black, L.W. (2019). Emotions and deliberation in the Citizens' Initiative Review. *Social Science Quarterly*, 100(6): 2168-2187. DOI: 10.1111/ssqu.12707
- Mair D., Smillie, L./ La Placa, G. / Schwendinger, F. / Raykovska, M. / Pasztor, Z. / van Bavel, R. (2019). Understanding our political nature: How to put knowledge and reason at the heart of political decision-making. *Brüssel*, S. 53-60.
- Hetze, W. (2020). Versammlungen in Krisenzeiten, in: Bochmann, C. & Döring, H. Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Springer: Berlin, S. 139-166.
- More in Common. (2022a). Navigieren im Ungewissen: Impulse zur Zukunft der Gesellschaft. Was macht die Pandemie mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt? https://www.moreincommon.de/media/loceahag/moreincommon_navigierenimungewissen_1.pdf
- More in Common. (2022b). Navigieren im Ungewissen: Impulse zur Zukunft der Gesellschaft. Woher nehmen und wie stiften wir in Krisenzeiten Hoffnung für morgen? https://www.moreincommon.de/media/pheosds0/more_in_common_navigieren_im_ungewissen_zuversicht.pdf
- Patzelt, W.J. / Klose, J. (2016). PEGIDA. Warnsignale aus Dresden. Thelen: Dresden.
- Schumacher, U. (2020). Erfolgsfaktoren für kommunale Dialogformate, in: Bochmann, C. & H. Döring (Hrsg.) Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Springer: Berlin. S. 167-188
- Unzicker, K. (2022). Erschöpfte Gesellschaft - Auswirkungen von 24 Monaten Pandemie auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/gesellschaftlicher-zusammenhalt/projektnachrichten/erschöpfte-gesellschaft-auswirkungen-von-24-monaten-pandemie-auf-den-gesellschaftlichen-zusammenhalt>

Inhalt

Vorwort	9
<i>Der Deutsche Präventionstag und ständige Veranstaltungspartner</i>	
Mannheimer Erklärung des 28. Deutschen Präventionstages	11
I. Expertisen zum Schwerpunktthema	
<i>Rita Haverkamp, Christoph Gusy, Tjorven Harmsen</i>	
Krisen und ihre Prävention aus interdisziplinärer Perspektive	19
<i>Pia-Johanna Schweizer</i>	
Systemische Risiken	39
<i>Harald Dreßing</i>	
Die Bedeutung psychischer Resilienz im Zusammenhang mit Krisen	57
<i>Donya Gilan, Isabella Helmreich</i>	
Die resiliente Gesellschaft – eine kollektive Antwort auf kollektive Probleme	73
<i>Jan-Philip Maaß-Emden</i>	
Organisationale Resilienz. Rahmenbedingungen zur Entwicklung und Erhaltung einer unternehmerischen Widerstandsfähigkeit	91
<i>Manuela Freiheit, Andreas Uhl, Andreas Zick</i>	
Krisen und Krisenverarbeitung	113
<i>Friedrich Gabel</i>	
Krisenmanagement als Wertfrage	131
<i>Nikil Mukerji, Marina Moreno, Adriano Mannino</i>	
Zum rationalen Umgang mit Krisen – eine philosophische Perspektive	149
<i>Alexander Fekete, Chris Hetkämper, Carlotta Bauer</i>	
Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen	169

<i>Holger Floeting</i>	
Stärkung städtischer Resilienz. Lernen aus der Krise	185
<i>Tim Lukas, Bo Tackenberg</i>	
Sozialraumorientierung im Bevölkerungsschutz. Community Resilience und soziale Anpassung in Krisen und Katastrophen	203
II. Vorträge	
<i>André Biermann</i>	
Covid-19 – Paradoxe Erwartungen an die Risikokommunikation	231
<i>Cathleen Bochmann</i>	
Kommunale Dialoge in Krisenzeiten	247
<i>Karen Brünger, Maximilian von Heyden, Vivien Voit</i>	
Schools That Care – Kinder im Fokus schulischer Prävention	259
<i>Dunya Elemenler</i>	
Homosoziale Gruppen in der gendersensiblen Präventionsarbeit	271
<i>Dieter Hermann</i>	
Das Sicherheitsaudit – ein Pfeiler der Sicherheitsarchitektur Mannheims	279
<i>Günther Bubenitschek, Dženeta Isaković, Yasemin Soylu</i>	
Was tun gegen Hass und Hetze?	289
<i>Leo Keidel</i>	
Der Amoklauf von Winnenden und die Präventionsarbeit	305
<i>Stefan Lenz</i>	
Über die Jugend und andere Krankheiten	315
<i>Jule Franziska Leisner</i>	
Polizeiliches Präventionsangebot für junge Menschen gegen Verschwörungsmmythen	327
<i>Marina Martin</i>	
Armut macht krank, Krankheit macht arm	335

<i>Andreas Mayer</i> Die Cannabis-Legalisierung zu Genusszwecken aus polizeifachlicher Sicht	345
<i>Lawrence Schätzle, Felix Munger</i> Urbane Sicherheit in Zeiten des Klimawandels? Perspektiven aus zwei Städtenetzwerken	355
<i>Johanna Friedrich, Magdalena Ortner</i> Best practice – Proaktiver Opferschutz in Berlin	369
<i>Torsten Siegemund, Anne-Marie Gallrein, Jana Peters</i> Schutz und Beratung für gewaltbetroffene Männer in Deutschland mit dem Fokus Gewalt im sozialen Nahraum	377
<i>Ute Scholpp, Carsten Wanzel</i> Gewalt gegen Polizeikräfte. Präventive Ansätze des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg	391
<i>Peter Holnick, Anna Rübensam, Katharina Theobald, David Weiser</i> KoMeT – Kompetenz-Medien-Training: Mehr als nur Arbeitsstunden!	397
<i>Jan Hendrik Trapp, Anna Rau, Lawrence Schätzle</i> Stärkung städtischer Resilienz am Beispiel von Pandemien: Reflexionsraum für kommunales Krisenmanagement	405
<i>Tanja Kramper, Angelika Treibel</i> Flexible psychologische Hilfe für Kriminalitätsbetroffene	417
<i>Vanessa Uttenweiler, Kim Zibulski</i> Häusliche Gewalt: Polizeipraxis der Gefährdungsanalyse	429
<i>Katharina Wabnitz</i> Planetare Krisen sind Gesundheitskrisen – Zum transformativen Potenzial von (Gewalt-)Prävention und Gesundheitsförderung	437
<i>Teresa Wagner, Franziska Simon-Erhardt, Christina Storck, Simone Pfeffer</i> Kinder stärken in schwierigen Zeiten mit dem Programm ReSi+	451

Christoph Weller

Krisenkonflikte: Was hilft gegen Krisenprofiteure?

459

III. Der 28. Deutsche Präventionstag im Überblick

Tana Franke, Erich Marks

Zusammenfassende Gesamtdarstellung des
28. Deutschen Präventionstages

469

Merle Werner

Evaluation des 28. Deutschen Präventionstages

503

IV. Autor*innen

535